



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Lage im Orient. I.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

selben voraussetzen konnte, so durften mit noch größerer Zuversicht Poesie und Kunst darauf zurückgehen, um für ihre Gebilde eine höhere Bedeutung als die einer poetischen Figur und eines anmuthenden Bildes in Anspruch zu nehmen.

Otto Jahn.

Die Lage im Orient.

I.

Während in Italien die Wage noch unentschieden schwankt und Frankreich sich unter Friedensversicherungen bis an die Zähne waffnet, ziehen sich im Orient die Wolken dichter zusammen. Um ein richtiges Verständniß für die Situation zu gewinnen, müssen wir etwas zurückgehen. Die Resultate des preußischen Feldzuges in Böhmen hatten die Berechnungen des Kaisers Napoleon so über den Haufen geworfen, daß er wie betäubt war; außerdem durch körperliches Leiden gedrückt, ließ er eine Weile alles planlos gehen und sich selbst von einer Concession zur andern drängen. Erst im Herbst sammelte er sich allmählich wieder und faßte nun als Ziel ins Auge, Preußen zu isoliren und demgemäß Rußland von ihm zu trennen; die petersburger Allianz aber war nur im Orient zu gewinnen. Marquis de Moustier, der soeben als auswärtiger Minister eingetreten war, hatte Frankreich fünf Jahre lang mit Geschick in Constantinopel vertreten, er kannte die dortigen Verhältnisse und speciell die russische Politik so genau, daß, als man ihn vor drei Jahren nach Petersburg hatte versehen wollen, der Kaiser Alexander sich zu einem Besuch der Kaiserin Eugenie in Schwalbach herabließ, um anzudeuten, daß Baron Talleyrand, der jetzige Botschafter, eine ihm angenehmere Persönlichkeit sein werde. Moustier durchschaute denn auch vollkommen die Ursachen des Candiotischen Aufstandes, er wußte, daß derselbe lediglich von Griechenland veranlaßt war, und hatte Gelegenheit genommen, auf seiner Reise von Constantinopel nach Paris in Athen vorzusprechen, um dort scharf seine Meinung über die hellenische Agitationspolitik zu sagen. Das hinderte indeß natürlich seinen Gebieter nicht, eine Schwenkung in entgegengesetzter Richtung zu machen und Moustiers türkenfreundlicher Ton ward demgemäß griechenfreundlich, Frankreich fand plötzlich, daß die Pforte alles verkehrt mache und nichts besseres zu thun habe, als Candia abzutreten. Nach dieser Vorbereitung schrieb Napoleon im November 1866 an den Kaiser Alexander und schlug ihm eine geheime Separatverständigung über die orientalischen Dinge vor. Die Antwort war höflich, aber ablehnend, Rußland ziehe vor, auch mit den andern Mächten im Benehmen zu bleiben. Napoleon ließ sich nicht

so leicht entmuthigen und blieb bei seiner philhellenischen Richtung, ja ging soweit, daß er im Anfang 1867 zur Cession nicht bloß von Candia, sondern sogar von Thessalien und Epirus rieth. Er verfehlte aber seinen Zweck, Rußland damit zu gewinnen, vollständig, diesem waren vielmehr derartige Vorschläge nur compromittirend, denn sie gaben den türkischen Staatsmännern Recht, welche nichts von der Abtretung Candias hatten hören wollen, weil ein solcher Schritt zu weitem Forderungen führen müßte, außerdem geht Rußlands Vorliebe für Griechenland keineswegs soweit, es bis zur Macht eines wirklich unabhängigen Staates zu vergrößern. Alles dies konnte nun bei den fortwährend genauen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen dem Grafen Bismarck keineswegs ein Geheimniß bleiben und dieser operirte ungemein geschickt, indem er in Constantinopel unbedingt mit Frankreich ging, kein Vorschlag von Paris, war ihm zu weitgehend, noch kurz vor der Eröffnung des Corps législatif wurde Graf Goltz ausdrücklich beauftragt, zu erklären, daß Preußen ganz bereit sei, die Abtretung auch von Thessalien und Epirus zu befürworten. Diese Haltung war Napoleon begreiflich sehr unbequem und er suchte sie möglichst zu ignoriren, um so mehr ließ Bismarck sie natürlich öffentlich betonen. Es trat nun die Luxemburger Episode ein, welche Creta für einige Wochen vergessen machte, nach derselben begannen die Fürsten gen Paris zu pilgern. Der Kaiser Alexander hatte sich nur schwer entschlossen, die französische Einladung anzunehmen, denn die national-russische Partei sah in einer solchen Reise nach den Drouin de Lhuys'schen Notizen über Polen eine Demüthigung; nachdem Fürst Gortschakow, dessen Eitelkeit hoffte, daß eine diplomatische Ueberlegenheit in Paris nicht ohne Erfolge bleiben könne, eine Zustimmung erreicht, hatte der Kaiser sich mit seinem Onkel, dem Könige von Preußen verabredet, den Besuch an der Seine gemeinsam zu machen; aber dies paßte Napoleon nicht, welcher den Czaaren allein zu haben wünschte. Er ließ also Graf Goltz kommen und sagte, er würde bedauern, wenn der König mit dem Kaiser zusammenkomme, da er ihn mit allen Ehren zu empfangen wünsche und es doch nicht vermeiden könne, seinem Neffen den Vortritt zu geben. Die Antwort auf diese Mittheilung war sehr überraschend für die Tuilerien, denn sie kam nicht, wie man erwartet, von Berlin, sondern von Petersburg, wohin König Wilhelm die Botschaft befördert, der Czaar instruirte Baron Budberg telegraphisch, zu sagen, daß er den Kaiser nicht in Etiketteverlegenheit setzen wolle und es unter diesen Umständen für besser halte, die Reise ganz aufzugeben. Napoleon beeilte sich nun, Erklärungen zu geben, sein einziger Wunsch sei gewesen, seine Gäste gebührend zu ehren, er werde nur zu glücklich sein, sie ganz so zu empfangen, wie es ihnen genehm sei. So ward es denn arrangirt, daß der Kaiser von Rußland zuerst und allein in Paris eintreffen, der König von Preußen ihm einige Tage

später folgen, aber ihn dort noch finden sollte. Die ersten Tage des Aufenthaltes des Czaren benutzte nun sein Wirth, um seine Ueberredungskünste zu üben und ihn von Preußen zu trennen, aber der Kaiser lehnte nicht nur alles ab, sondern war überhaupt kühl und verschlossen; die Kufe, mit denen ihn die Vorstadt St. Antoine begrüßte, mochten ihn schon unangenehm berührt haben, nun kam noch der Empfang im Justizpalast und schließlich das Attentat Beresowskij. Der Besuch ungern unternommen, endete peinlich, Fürst Gortschakow, der sich vorher vermessen, Candia von Paris mitzubringen, sah sich heftigen Vorwürfen ausgesetzt und die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland wurden sehr kühl. So konnte es Baron Beust nicht schwer werden, Napoleon in Salzburg für seine orientalische Politik zu gewinnen und diese war die Metternichsche, türkenfreundliche und antirussische. Allerdings hatte Beust bald nach seinem Eintritte in den österreichischen Dienst, ehe er sich noch hinreichend orientirt, den Versuch gemacht, Rußland zu gewinnen, indem er eine Revision des Vertrages von 1856 in Aussicht stellte, allein er fand damit keinen Anklang, denn Fürst Gortschakow geht davon aus, daß der pariser Vertrag überhaupt hinfällig geworden, seit die Pforte gegen dessen Wortlaut der Vereinigung der Donaufürstenthümer unter einem fremden Fürsten zugestimmt. Der russische Kanzler hat dies zwar noch niemals mit dürren Worten öffentlich gesagt, aber es ist, wenn man es nicht schon anderweitig wüßte, zwischen den Zeilen bereits deutlich in seiner kürzlich veröffentlichten Depesche an Baron Budberg vom Anfang 1866 zu lesen. In derselben erklärte er in Betreff der Donaufürstenthümer nach der herkömmlichen Bethuerung, Rußland wünsche nur, die Verträge zu erhalten, daß, wenn die andern Mächte Abweichungen von denselben, welche den wirklichen Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerungen entsprächen, zulassen wollten, Rußland sich dem nicht widersetzen werde, im Gegentheil sei dann seine Aufgabe, dies Präcedenz auf alle christlichen Nationalitäten des Orients auszu dehnen, d. h. also die Türkei in faktisch souveräne Staaten wie die Donaufürstenthümer aufzulösen. Nach diesem erfolglosen Versuch ging Beust auf die traditionelle österreichische Politik zurück, welche darin besteht, den status quo in der Türkei möglichst zu erhalten und dem russischen Einfluß beharrlich entgegenzuarbeiten, wofür er in seinem Botschafter in Constantinopel, Baron Prokesch, welcher das unbedingte Vertrauen der Pforte genießt, ein besonders geeignetes Organ hat. Derselbe, der den größten Theil seines Lebens im Orient zugebracht hat, hatte bereits 1846 eine actenmäßige Geschichte des griechischen Freiheitskampfes vollendet, aber Fürst Metternich widersetzte sich der Veröffentlichung derselben, weil sie die russische Regierung zu sehr compromittiren würde, und seitdem lag das Manuscript in der Staatskanzlei; jetzt erteilte Beust das Imprimatur und

so trat das merkwürdige Werk ans Licht, welches klar zeigt, was es mit den russischen Beteuerungen für Humanität und Christenthum auf sich hat. Aber schon vorher hatte Prokesch Gelegenheit, auf dem diplomatischen Felde dem russischen Cabinete erfolgreich entgegenzuwirken. Ende Februar hatte Marquis de Moustier eine Denkschrift über die in der Türkei ausgeführten Reformen verfaßt, in welcher er davon ausging, daß der Hatti-Hamajoum von 1856 die für das Wohl der Bevölkerungen nothwendigen Grundlagen festgestellt habe und daß es sich nur darum handle, die Pforte zur Ausführung derselben anzuhalten. Dies ist eine unzweifelhaft richtige Auffassung, die z. B. auch von dem größten englischen Kenner der türkischen Zustände, Lord Stratsford de Radcliffe, getheilt wird, aber die Verwirklichung eines solchen Planes paßte dem Fürsten Gortschakow nicht, denn sie hätte dazu geführt, die Verwaltung der Pforte, welche in entfernten Gebieten bisher ohnmächtig war, zu stärken. Er beeilte sich also, sobald Baron Talleyrand ihm das Memoire seines Chefs mitgetheilt, an die Großmächte eine lange Depesche zu richten, um zu zeigen, daß alle vom Sultan bisher proklamirten und versprochenen Reformen ein todter Buchstabe geblieben. Rußland sei noch immer geneigt, dem Sultan die Initiative in der Ausübung seiner souveränen Rechte zu lassen, aber die christlichen Bevölkerungen hätten nicht vergessen, daß auch der Hatti-Hamajoum freiwillig vom Sultan gegeben sei, ihnen aber keinerlei Erleichterung gebracht, obwohl der pariser Friedensvertrag auf ihn verwiesen habe; aber wenn man zu einer friedlichen Lösung der gegenwärtigen Verwicklung kommen wolle, so sei die Hauptsache, den christlichen Bevölkerungen Zutrauen einzusößen, was nicht durch einen bloßen Appell an ein discreditirtes Dokument geschehen könne, sondern nur, wenn neue Bestimmungen über ihre künftige Lage von der Pforte unter Mitwirkung der christlichen Mächte, wodurch die Ehre derselben engagirt werde, ausgearbeitet würden. — Dieser Mittheilung des Kanzlers folgte am 6. April eine ausführliche Denkschrift, welche ein vollkommenes Reformprojekt entwickelt, von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß nicht eine größere Centralisation, sondern im Gegentheil die vollkommenste Decentralisation der Verwaltung in der Türkei durchgeführt werden müsse, um das Loos der Christen gründlich zu verbessern. Das Memoire beginnt mit den herkömmlichen Versicherungen des désintéressement absolu der kaiserlichen Politik, deren Augenmerk nur der aufrichtige Wunsch sei, das Wohlergehen der griechischen Religionsgenossen mit der Erhaltung der Autorität des Sultans zu verbinden, dies sei durch Thatsachen (welche wird nicht gesagt) so erhärtet, daß es unnöthig, entgegenstehende übelwollende Behauptungen zu widerlegen; ebenso wird als erwiesen angenommen, daß alle bisherigen Reformversuche unfruchtbar geblieben, oder ins Gegentheil umgeschlagen seien; dies könne auch gar

nicht überraschen, die religiösen und socialen Lehren der Muselmänner seien im geraden Widerspruch mit denen der Christen, daraus ergebe sich die vollständige Unmöglichkeit, beide unter dasselbe Regime zu stellen, es handle sich also darum, ihr Nebeneinanderbestehen zu sichern (*organiser leur coexistence parallèle*), ohne die eine der andern opfern zu lassen. Die Lösung dieses Problems sei auch gar nicht so schwierig, weil sie in den muselmännischen Traditionen ganz begründet sei.

Erst seit höchstens 40 Jahren hätten die Türken versucht, sich die ihnen unterworfenen Nationalitäten zu assimiliren, sie hätten geglaubt, der europäischen Civilisation zu huldigen, indem sie die Theorien der Absorption und Centralisation angenommen und so die christlichen Bevölkerungen ihrer provinziellen und communalen Autonomie beraubt, deren sie bis Anfang dieses Jahrhunderts mit befriedigendem Resultate genossen, und gerade seitdem seien die innern Zerwürfnisse chronisch geworden, am meisten da, wo wie in Candia, Epirus, Bulgarien und Bosnien dies System am weitesten getrieben sei, während die Inseln Chios und Samos, wo die Trennung beider Racen bestehen geblieben, sich verhältnismäßigen Wohlstandes erfreuen. Dies Prinzip der Racenautonomie müsse als Grundlage der ganzen administrativen Organisation aller Provinzen der europäischen Türkei eingeführt werden. Was die Christen betreffe, so müsse jede Provinz, jeder Canton, jede Gemeinde durch einheimische Chefs verwaltet werden, welche ebenso, wie ihnen zur Seite stehende Provinzial- und Gemeinderäthe, frei von den Bevölkerungen zu wählen sein würden; ebenso sollte die Gerichtsorganisation ausschließlich für die Christen nur auf das Wahlprinzip begründet sein, Streitigkeiten zwischen Christen und Muselmännern würden durch gemischte Gerichtshöfe zu entscheiden sein, wobei aber jeder Christ berechtigt sein sollte, die Anwesenheit eines fremden Consuls zu verlangen, welcher die Unparteilichkeit der Entscheidung zu überwachen haben würde. Die Christen würden von allem Militärdienst gegen eine Abgabe frei sein, die nur auf die Personen von 18—35 Jahren fielen, gleichwohl das Recht haben, wie die Muselmänner in die Armee einzutreten, und nur zum Dienst in der lokalen Miliz verpflichtet sein. Der Gesamtbetrag der Abgaben würde alle drei Jahre durch die Pforte unter Mitwirkung einer beratenden Commission der Provinzialräthe festgestellt werden. Was den Zutritt zu den öffentlichen Aemtern betrifft, so sollen dieselben allen Unterthanen des Sultans ohne Unterschied zugänglich sein. Die in der Türkei wohnenden Fremden sollen noch eine gewisse Zeit ihr Recht der Exterritorialität genießen, wenn jene Reformen aber Wurzel gefaßt, so sollen die aus den Capitulationen herrührenden Vortheile wegfallen. Anscheinend haben diese Vorschläge viel für sich, aber die Erfahrung eines Kenners der türkischen Zustände, wie Profesch, durchschaute leicht, daß

der ganze Plan nur von der Absicht eingegeben war, die Auflösung der Türkei zu befördern, indem man den Dualismus bis in die kleinsten Beziehungen durchführen würde, und er setzte dies in einem Memoire, welches die russischen Vorschläge beleuchtet, treffend auseinander. Hiemit fand Baron Beust begreiflicherweise besondern Anklang in London, wo die Palmerstonsche orientalische Politik wenigstens nach ihrer Hauptrichtung befolgt wird.

Freilich wird Lord Stanley in seinem Vaterlande sehr überschätzt, ihm fehlt fast alle Initiative, er verfolgt nur das Prinzip der Nichtintervention, aber er ist ein klarer, nüchterner Kopf, der sich durch die ewigen Beteuerungen des Baron Brunnow über die vollständige Uninteressirtheit seines erhabenen Gebieters nicht fangen läßt; er konnte sich nicht entschließen, in Athen Ernst gegen die völkerrechtswidrige Unterstützung des candidotischen Aufstandes zu zeigen, aber ließ sich auch nicht dazu bereden, die Pforte mit drohenden Noten zu bestürmen und befürwortete nur, wie Oestreich, vollständige Ausführung der durch den Hat Hamahoum versprochenen Reformen. In Salzburg gelang es nun Beust, auch Frankreich für diese antirussische Politik zu gewinnen. Napoleon kam dorthin entschieden mit der Absicht, Oestreichs Allianz gegen Preußen zu gewinnen, er rechnete dabei auf die Rankune des Kaisers, auf Beusts Mangel an deutschem Patriotismus, der ja vor einem Jahre ihn um Entsendung einer französischen Armee an den Rhein gebeten, aber rechnete dennoch falsch. Franz Joseph, wie sein Reichskanzler lehnten jede aggressive Allianz gegen Deutschland ab, weil Oestreich aufs tiefste des Friedens bedürftig sei und die deutschen Provinzen ebenso laut gegen einen solchen Krieg protestiren würden als die Ungarn, nur einen defensiven Krieg könne Oestreich fortan führen, wenn es in seinen Lebensbedingungen bedroht würde und eine solche Bedrohung liege in dem, was die panslawistische Politik „die Mission der Befreiung des europäischen Orients“ nenne; wolle man also den Weltfrieden bewahren, so komme es darauf an, daß England, Frankreich und Oestreich, welche 1856 den Spezialgarantievertrag für die Integrität der Türkei unterzeichnet, dieser agitatorischen Politik entgegenträten. — Napoleon ging hierauf ein, er mußte sich hinlänglich überzeugt haben, daß in Petersburg doch nichts für ihn zu erreichen sei, so acceptirte er die Verständigung mit Wien und London über gleiche Politik im Orient, vielleicht mit dem Hintergedanken, daß dies bei dem engen Einvernehmen zwischen Rußland und Preußen doch weiter führen müsse. Man war deshalb auch in London ebenso befriedigt über das Resultat der Salzburger Begegnung, als in Petersburg gereizt. Die letzte veröffentlichte russische Depesche vom 27. August 1867 läßt dies deutlich erkennen; Fürst Gortschakoff erklärt darin offen, der moralische Zwang sei das einzige Mittel, von der Pforte etwas zu erreichen, solange die Mächte nicht

zum materiellen Zwange greifen wollten. Dann müßten sie aber auch vereint bleiben, aber die neuesten Ereignisse, namentlich die salzburger Begegnung hätten leider auf die Türken den Eindruck machen müssen, als ob das Einverständnis zwischen Frankreich und Rußland erschüttert sei. Frankreich zog sich dann auch immer mehr auf die englisch-österreichische Seite zurück und brach seiner Theilnahme an der Ueberreichung der Note á quatre in Constantinopel durch die Erklärung, daß es damit nur frühere Verpflichtungen erfülle, die Spitze ab. So standen die Dinge im Herbst, und wir wollen nun in einem zweiten Artikel sehen, wie die Verhältnisse in der Türkei selbst liegen und wie die Mächte nach den neuesten Ereignissen zur orientalischen Frage stehen.

Aus Schwaben.

Anfang Januar.

Seitdem unser Ministerium seinem Reformdrang die Schleusen geöffnet hat, hört der Segen gar nicht mehr auf. Uner schöplich ergießt sich das Füllhorn liberalisirender Projekte über alle Zweige des öffentlichen Dienstes. Und da unser Land zuvor schon laut Moriz Mohl das wahre Eldorado war und laut „Beobachter“ seit Jahrhunderten der Hort der wahren Freiheit gewesen, so steht bei diesem unablässigen Mannaregen der Freiheit, der aus den obern Regionen herabträufelt, zu befürchten, daß das kleine Königreich nächstens nicht Raum genug fasse, um so viele Freiheit unterzubringen und aufzubewahren; nicht zu gedenken des fatalen Umstandes, daß durch solchen Segen die Luft, die uns von unsern norddeutschen in Barbarei und Knechtschaft verlorenen Brüdern trennt, immer bedenklicher erweitert werden muß. Vollends seitdem die Aufhebung der Prügelstrafe beschlossen ist, die sich als eine anmuthige schwäbische Eigenthümlichkeit bis in die erste Woche des Jahres des Heils 1868 hinein erhalten hatte.

Freilich ist schon die bloße Möglichkeit, so vieles an den bisherigen Einrichtungen zu verbessern, einigermaßen geeignet, Zweifel an der Musterhaftigkeit derselben einzulösen. Die Reformvorschläge sind in der That schon deswegen erwünscht, weil sie die Erinnerung an Halbvergessenes wieder auffrischen, weil sie die bisherigen Zustände aufdecken, über die intra et extramuros soviel gefabelt worden. Unsere Zeit zerstört unbarmherzig alle Mythen, auch den von der württembergischen Freiheit. Württemberg — das ist die erste Wahrnehmung — ist bisher der gerühmte Musterstaat der Freiheit nicht gewesen. Die zweite Wahrnehmung ist leider die: nach den durchgeführten Reformen wird es ebensowenig diesen Namen verdienen.